

(Karin Prien)

zu ziehen, dass somit die Anzahl der potenziell gefährdeten Kinder in Hamburg um ein Vielfaches höher liegt. Konkrete Kenntnisse über die Anzahl der mit Substitutionspatienten zusammenlebenden Kinder haben wir nicht. Nach Schätzungen des Senats gibt es in Hamburg ungefähr 500 Kinder von Opiatabhängigen. Trotz dieser beunruhigenden Faktenlage beabsichtigt der Senat jedoch nicht, künftig generelle Kontrollen durchzuführen. Dies können, wollen und werden wir als CDU-Fraktion nicht hinnehmen. Zur Vermeidung von akuten Gesundheitsrisiken bei diesen Kindern ist es nach Bekanntwerden der Bremer Studien unerlässlich, dass diese Kinder zentral erfasst und regelmäßig mit Haaranalysen oder Urinproben auf Drogen untersucht werden.

(Beifall bei der CDU)

Nur so kann dann bei konkreten Feststellungen, dass bestimmte Kinder nicht drogenfrei aufwachsen, sofort und gezielt gehandelt werden.

Meine Damen und Herren! Wir haben in diesem Hause vor einigen Wochen eine Debatte über die Grundrechte von Kindern geführt und aus unserer Sicht ist dies einmal ein Fall, wo man zeigen kann, dass es einem nicht nur um Symbolhandlungen, sondern ganz konkret um den Schutz der Rechte von Kindern geht. Wir sind der Auffassung, dass diese Frage wesentlich mit der Frage des Kindeswohls und dessen Gefährdung zusammenhängt. Deshalb meinen wir, dass zumindest mitberatend auch der Familienausschuss hier befasst werden muss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Schäfer.

Dr. Martin Schäfer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Prien, Ihre Rede hat gezeigt, dass dieses Thema einer sach- und fachgerechten Debatte zugeführt werden muss. Deswegen werden wir diesen Antrag an den Gesundheitsausschuss überweisen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben gleichzeitig Ihrem Fraktionsvorsitzenden, der Gesundheitssenator war, gerade richtig eins reingewürgt, denn einer der zentralen Punkte der letzten Legislaturperiode auf diesem Gebiet war das Konzept "Drogenfreie Kindheit und Jugend", konzipiert vom CDU-Senat. Wenn das wirklich so schlimm ist, wie Sie gerade darstellten, dann ist dieses Konzept restlos gescheitert; anders kann es wohl nicht sein.

Richtig ist, dass zwischen Drogenhilfe und Jugendhilfe eine gute Zusammenarbeit und Koordination stattfinden muss. Es wurde – jetzt lobe ich einmal

den Vorgängersenaat – schon einiges getan, dass das auch funktioniert.

(Beifall bei der CDU)

Gleichwohl sind wir selbstverständlich gerne bereit zu schauen, ob es in diesem Konzept "Drogenfreie Kindheit und Jugend" noch Lücken gibt, um diese dann auch zu schließen. Daher ist eine sachgerechte Debatte im Gesundheitsausschuss angebracht. Wer vom Kinder- und Jugendausschuss mitmachen möchte, ist herzlich eingeladen, zu dieser Sitzung hinzuzukommen, aber erst einmal werden wir das entsprechend Ihrem Antrag, der nur gesundheitspolitische Punkte enthält, an den Gesundheitsausschuss überweisen.

(Beifall bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Eines möchte ich aber ganz sicher sagen: Was nicht geht, ist, durch Kontrolle und Erfassung von drogenabhängigen Eltern dafür zu sorgen, dass die sich aus der Drogenhilfe ganz verabschieden, überhaupt nicht mehr aufgefunden werden können und dann noch weniger Kontrollmöglichkeiten gegeben sind. Von daher werden wir einer regelhaften Erfassung und Kontrolle wohl kaum zustimmen können, denn das hätte fatale Folgen genau in die falsche Richtung. Deswegen geht das meiner Ansicht nach so gar nicht, aber wir werden das im Ausschuss debattieren.

Man kann das Vertrauen dieser Menschen, die die Drogenhilfe aufsuchen, nicht von vornherein dadurch zerstören, dass man ihnen klarmacht, sie würden erfasst und ganz schnell in der Gefahr schweben, dass ihnen ihr Kind weggenommen wird. In diese Richtung ging gerade Ihr Debattenbeitrag. Von daher muss man strikt darauf achten, dass man an diese Menschen herankommt und ihnen überhaupt helfen kann. Es muss selbstverständlich geschaut werden, wo es welche Lücken gibt, und diese müssen geschlossen werden, aber erst einmal muss man den Leuten helfen. Erst einmal muss man zusehen, dass man an sie herankommt, und dafür ist das, was Sie vorgeschlagen haben, kontraproduktiv. Ich freue mich auf die Debatte im Ausschuss.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Schmitt.

Heidrun Schmitt GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Kinder von drogenabhängigen Eltern brauchen besonderen Schutz. Ihre Eltern sind krank und aufgrund der Suchterkrankung können sie häufig den Erziehungsauftrag nicht verlässlich wahrnehmen. Ziel muss es sein, dass die Entwicklung der Kinder einen möglichst positiven Verlauf nimmt. Die ärztlich und psychosozial betreuten Substitutionsprogramme verbessern nicht